

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft  
Schriftleitung: Dresden-L. Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 10-15 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die erstmalig geplante Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Abrechnung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Montag den 27. August 1928

Nummer 200

## Sowjetrußlands Kampf für den Frieden

Ein Gegenstück zum Panzerkreuzerbau / Eine Note Litwinows an die Abrüstungskommission

### Perfekte Friedensphrasen der Imperialisten

Der Vorsitzende der Sowjetdelegation zur Vorbereitenden Abrüstungskommission, Genosse Litwinow, richtete an den Vorsitzenden dieser Kommission, Lordon, die folgende Note:

Herr Präsident!

Nachdem die fünfte Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission die Vorschläge der Sowjetdelegation hinsichtlich der allgemeinen und vollständigen Abrüstung abgelehnt hatte, überreichte die Delegation der U.S.S.R. einen Konventionentwurf über eine teilweise Abrüstung.

Die Vorbereitende Abrüstungskommission beschloß ohne Angabe von Gründen mit Stimmenmehrheit, die Prüfung dieses Konventionentwurfes bis zur nächsten Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission zu verlagern. Der Termin für die Einberufung der nächsten Tagung wurde indessen nicht festgelegt, sondern eine von der Vorbereitenden Abrüstungskommission angenommene Resolution drückte den Wunsch aus, daß die Erfüllung der nächsten Tagung zum frühesten geeigneten Zeitpunkt und wenn möglich vor der nächsten Tagung der Völkerbundversammlung stattfinden sollte.

Obwohl die Sowjetdelegation gegen eine derart vage Formel entschieden protestierte, und, im dem Wunsch, die wirklichen Abrüstungsarbeiten mit größter Beschleunigung zu verwirklichen, zunächst die Fortsetzung der Sitzungen der fünften Tagung und schließlich die Festlegung des genauen Datums der nächsten Tagung vorschlug, gelang es ihr, da sie sich in der Minderheit befand, nicht, Genugtuung zu erhalten; es blieb ihr also nichts anderes übrig, als die Nachricht über die Einberufung der Kommission entsprechend den getroffenen Entscheidungen abzuwarten.

Nun sind seit der fünften Tagung fünf Monate verfloßen, was keineswegs eine kurze Frist ist. In dieser Zeit sind in der Welt Ereignisse vorgegangen, die immer von neuem wieder zeigen, wie groß die Gefahr ist, den Frieden kompromittiert zu sehen, sei es in Europa, sei es im Fernen Osten, sei es in den anderen Teilen der Welt. Und obwohl die Völkerbundversammlung am 3. September stattfinden soll, hat die Sowjetdelegation, wahrheitsgemäß ebenso wenig wie die anderen Mitglieder der Kommission, bis zu diesem Augenblick zu ihrem lebhaftesten Bedauern keinerlei Nachricht über die Einberufung der nächsten Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission erhalten. Alles das steht in offenkundigem Widerspruch zu den feierlichen Erklärungen, die die benachteiligten Vertreter der Mächte bezüglich der Abrüstung abgegeben haben und insbesondere abgegeben haben anlässlich der Sitzungen der Kommission selbst.

Als eines der Motive für die vorzeitige Beendigung der 5. Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission und für die feilsche Vertagung der nächsten Tagung führte man die Tatsache an, daß zwischen zwei Mächten erhebliche Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Abrüstung beständen, und daß man es für nötig halte, abzuwarten, bis die zwischen diesen Mächten aufgenommenen Besprechungen zu einer Verständigung geführt haben. Der Außenminister einer dieser Großmächte, ich meine Großbritannien, Herr Chamberlain, hat kürzlich offiziell und öffentlich erklärt, daß die Einigung über die Streitfragen zustande gekommen ist. Ohne auf die erzielte Einigung, was ihre Grundzüge anbetrifft, eingehen zu wollen, d. h. von Standpunkte der gegenwärtigen Interessen des Friedens, muß man feststellen, daß die Tatsache des abgeschlossenen Abkommens selbst die oben erwähnte Begründung für die Vertagung der Kommissionarbeiten aufhebt.

Nebenher ist auf die Tatsache hinzuweisen, daß die Mehrzahl der Delegationen zur 5. Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission unter dem Eindruck des Vorschlages der Vereinigten Staaten von Nordamerika, den Krieg für ungeschicklich zu erklären, stand. Dieser Vorschlag selbst wurde entgegengekehrt dem Vorschlage der Sowjetdelegation über die vollständige Abrüstung, die natürlich ein viel wirksameres Mittel zur Sicherung des Friedens, zur Herstellung der Sicherheit und zur Ermöglichung der Verwirklichung der Abrüstung ist.

In diesem Brief wollen wir uns nicht aufhalten über die Bedeutung desjenigen, was man Kelloggpaakt nennt, in seiner gegenwärtigen Fassung und mit den begleitenden Zusätzen als ein Mittel, das wirklich den allgemeinen Frieden garantieren könnte. Aber man dürfte jedenfalls nicht die öffentlichen Erklärungen der Urheber dieses Paktes selbst vergessen, daß jede Beziehung zwischen diesem Paakt und der Abrüstung, also gleichzeitige zwischen diesem Paakt und der Sicherheitsfrage besteht. Die erwähnten Erklärungen der Urheber des Paktes bekämpfen jedenfalls, daß die Unterzeichnung dieses Dokuments in keiner Weise die Probleme der Abrüstung, die in der Tat geeignet wäre,

an sich eine wirkliche Garantie für Frieden und Sicherheit zu bieten, lösen kann.

Indem ich die oben erwähnten Erwägungen Ihrer Aufmerksamkeit empfehle, erlaube ich mir, Herr Präsident, geküßt auf den formellen Beschluß der 5. Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission, in meiner Eigenschaft als Mitglied dieser Kommission, Sie zu fragen, welches die Ursachen sind, die die Einberufung der Vorbereitenden Abrüstungskommission vor der bevorstehenden Völkerbundversammlung, entsprechend dem durch die 5. Tagung angenommenen Beschluß, unmöglich gemacht haben, und welches die Hindernisse sind, die sich gegenwärtig der schleunigen Einberufung der Kommission entgegenstellen, und für welchen Zeitpunkt diese Einberufung geplant ist.

Die Sowjetdelegation hat mehr als einmal im Rahmen der Kommission selbst ihre Zweifel geäußert über die Möglichkeit, irgendwelche greifbaren Resultate in der Frage der Abrüstung zu erzielen, wenn man auf dem von der Vorbereitenden Kommission gewählten Wege arbeitet und die von ihr bisher angewandten Methoden weiter anwendet. Ohne diese Zweifel, die durch die Ereignisse der letzten Zeit eine neue Bestätigung erhalten, anzugeben, hält sich die Sowjetdelegation immerhin für berechtigt zu erfahren, welches in Zukunft die Perspektiven einer möglichen produktiven Arbeit der Kommission sind, damit sie ihre Regierung und die öffentliche Meinung ihres Landes informieren kann.

Ich glaube, Herr Präsident, daß die Anfrage, die ich an Sie richte, in gleicher Weise alle Delegationen und die öffentliche Meinung aller Länder interessieren muß, und erlaube mir, eine baldige Antwort von Ihnen zu erwarten.

Eine Abschrift dieses Briefes richte ich an das Generalsekretariat des Völkerbundes.

Wie bei der Abrüstungskonferenz zeigt auch hier die Sowjetunion der erste Arbeiter- und Bauernstaat, den Arbeitern der ganzen Welt, daß er gewillt ist, die Abrüstung durchzuführen, eine wirkliche Garantie für den Frieden zu schaffen. Die Nichtdurchführung der Beschlüsse der 5. Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission, das Hinausschieben einer neuen Sitzung zeigen aber den Arbeitern andererseits, was sie von den Friedensphrasen der Kapitalisten zu halten haben.

Heute soll in Paris die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes erfolgen. Unter dem Motto: „Wenn du den Frieden willst, dann rüste zum Krieg“, will man hier den Arbeitern vorkäufeln, daß eine „Beilegung des Krieges“ vorgenommen werde. Aber schon die Begleitumstände deuten den Schwindel dieses Pariser Abkommens an. Der deutsche Außenminister Stresemann ist krank, aber nicht so krank, daß er nicht nach Paris fahren könnte. Den Kellogg-Paakt wird er unterzeichnen. Nach Genf vermag er aber nicht zu fahren. Das haben ihm seine Ärzte verboten. Stresemann fährt nach Paris, um die deutsche Bündnisbereitschaft mit Amerika zu betonen, er fährt nicht nach Genf, weil er sich dort nicht dem französischen Minister unterwerfen will. Zwischen Frankreich und England ist beinahe ein Bündnis abgeschlossen. Die englischen Imperialisten haben einen Vertrag auf Gegenseitigkeit mit den französischen Imperialisten abgeschlossen. Die deutschen Imperialisten, die schon glaubten, ihre Selbständigkeit im weitesten Maße erzwingen zu haben, sind isoliert. Vor den deutschen Imperialisten steht die Aufgabe, sich als Anführer Englands in die Antisowjetfront einzureihen.

England vollzog mit seinem Bündnis mit Frankreich einen Gegenvorstoß gegen Amerika. Stresemann als Vertreter der deutschen Imperialisten wollte durch eine Anlehnung an Amerika freiere Hand erreichen. Amerika wollte durch den Kellogg-Vertrag die Verbindung Englands und Frankreichs verhindern, um seine überwiegende Stellung in der Welt zu befestigen. Durch den Gegenstoß Englands ist dieses Konzept verfallen. So erfolgte die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes unter den Insignien verhärteter imperialistischer Gegensätze. Deswegen ist Stresemann krank, deswegen muß Hermann Müller nach Genf fahren, um die Bereitschaft zur Mitwirkung im Kampf gegen Sowjetrußland zu erklären.

Die Vorgänge bei der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes zeigen mit aller Klarheit die gespannte kriegerische Lage. Sie zeigen die Gegensätze zwischen Amerika und England. Sie zeigen, wie diese beiden Staaten auf dem Sprung liegen, umeinander herzufallen. Sie zeigen aber auch, daß die Imperialisten alles daran setzen, den Krieg gegen die Sowjetunion heraufzubehämmern. Der Bestand des Arbeiter- und Bauernstaates hindert die Austragung der Gegensätze, deswegen soll die Sowjetunion niedergeworfen werden. Daran hindert das betrübliche Spiel von Paris nichts. Im Gegenteil, durch dieses Spiel ist die Lage nur verhärtet worden.

In dieser Situation hat die Note Litwinows besondere Bedeutung. Sie wird das Mandat erfüllen, dem Arbeiter wieder einmal zeigen, was sie von Friedensredern der Imperialisten zu halten haben. In diesem Zusammenhang werden die Arbeiter auch den Panzerkreuzerbau der deutschen Sozialimperialisten um so besser verstehen.

## Betrug an den Erwerbslosen

Ablenkungsmanöver der Panzerkreuzer-Sozialisten

Von Siegfried Hädel, M. d. R.

Um die Empörung der Arbeitermassen, die infolge der Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Bau des Panzerkreuzers A immer höhere Wellen schlägt, zurückzudämmen, operieren die Sozialdemokraten im steigenden Maße mit angeblich sozialpolitischen Erfolgen der sozialdemokratischen Minister im Reichskabinett. Ein unerhörter Schwindel und ein schändlicher Betrug an den Erwerbslosen wird vor allem mit der Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Verlängerung der Krisenfürsorge betrieben. Abgesehen davon, daß die Verordnung des Reichsarbeitsministers weit hinter dem zurückbleibt, was die sozialdemokratische Fraktion in bezug auf die Krisenfürsorge selbst gefordert hat, sind die Wirkungen der wissenshaften Verordnung in Anbetracht der Tatsache, daß es nach wie vor weit über eine halbe Million ausgebeutete Erwerbslose gibt, so lächerlich geringe, daß schon ein gewisser Mut, oder besser gesagt die hemmungsloseste Gewissenlosigkeit dazu gehört, diese Verordnung als einen besonderen Erfolg für die Arbeiterchaft hinzustellen.

Der Vorwärts schreibt in Nr. 307 vom Donnerstag dem 23. August: „Verlängerung der Krisenfürsorge, ein sozialdemokratischer Erfolg“ als Überschrift, nachfolgende Notiz:

„Das Reichskabinett hat am Mittwoch beschlossen, in der Frage der Verbesserung der Krisenfürsorge von einer Zwischenlösung abzugehen und die allgemeine Verlängerung der Unterstützungsdauer von 26 auf 30 Wochen, wie sie der Reichstag vor seinem Auseinandergehen gewünscht hat, mit Wirkung vom 17. September ab in Kraft zu setzen.“

Es ist richtig, daß der Reichstag vor seinem Auseinandergehen den vollständig ungenügenden Beschluß faßte, die Bezugsdauer in der Krisenfürsorge von 26 auf 30 Wochen ausdehnen. Aber richtig ist ebenfalls, daß die Sozialdemo-

kraten sagen, wenn sie behaupten, daß dieser Beschluß des Reichstages durch den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wissell uneingeschränkt durchgeführt worden ist. Es ist eine niederträchtige Täuschung der Erwerbslosen, wenn die Sozialdemokraten von einer allgemeinen Verlängerung der Unterstützungsdauer reden. Richtig ist, daß Wissell nicht einmal dem ungenügenden Beschluß des Reichstages Rechnung getragen hat, denn für alle in der Krisenunterstützung befindlichen Erwerbslosen gilt die wissenshafte Verordnung nicht.

Die Beschränkung der wissenshaften Verordnung gegenüber dem Reichstagsbeschluß ist in folgendem Satz enthalten:

„Für jüngere Arbeitslose bewendet es einstweilen bei der Höchstbezugsdauer von 26 Wochen (Artikel 3, Abs. 1 der Verordnung über Krisenunterstützung). Ich behalte mir vor, die Höchstdauer auf 30 Wochen zu verlängern, wenn eine erhebliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes das erforderlich macht.“

Die ungeheure Not, in der sich Tausende und aber Tausende von ausgebeuteten Erwerbslosen befinden, ist für Herrn Wissell ohne Bedeutung. Erst wenn das Massenelend noch größer wird, will Herr Wissell geneigt sein, einen weiteren Tropfen auf dem heißen Stein verdampfen zu lassen.

Jedem Kenner der Praxis der Arbeitsämter und der Behörden im allgemeinen ist es klar, daß dieser Satz der wissenshaften Verordnung, wenn dieser überhaupt ein Wert beizumessen ist, denselben in überwiegender Maße illusorisch macht. Im übrigen sei in diesem Zusammenhang noch daran erinnert, daß der Reichstagsbeschluß von der Regierung auch noch in anderer Hinsicht gewisse Verbesserungen der Krisenfürsorge verlangte. Es wird